

28.10.2025 – 15:00 Uhr

Klimaschäden: RWE & Heidelberg Materials sollen haften

Berlin/Frankfurt a.M./Karatschi (ots) -

Sperrfrist: 28.10.2025 15:00

Bitte beachten Sie, dass diese Meldung erst nach Ablauf der Sperrfrist zur Veröffentlichung freigegeben ist.

43 Bäuer*innen aus der pakistanischen Provinz Sindh, eine der von den verheerenden Überschwemmungen 2022 am stärksten betroffenen Regionen, nehmen die deutschen CO₂-Großemittenten RWE und Heidelberg Materials in die Verantwortung. Mit einem heute versandten Aufforderungsschreiben verlangen sie eine finanzielle Entschädigung für erlittene Verluste und Schäden.

Laut dem [Global Climate Risk Index](#) ist Pakistan 2022 an erster Stelle der zehn am stärksten durch Extremwetterereignisse betroffenen Länder. In 2022 überschwemmte extremer Starkregen ein Drittel des Landes für Monate und verursachte wirtschaftliche Schäden in Höhe von bis zu 30 Milliarden US-Dollar. Mindestens [1700 Menschen wurden getötet](#), 33 Millionen wurden obdachlos, kritische Infrastruktur wurde zerstört und Ernten vernichtet. Sindh traf es am schwersten, viele Orte standen noch über ein Jahr später unter Wasser.

Wissenschaftler*innen belegen, dass der Klimawandel die Flutkatastrophe von 2022 deutlich verstärkt und wahrscheinlicher gemacht hat. RWE und Heidelberg Materials haben durch ihre Emissionen erheblich dazu beigetragen.

Zu den Anspruchsstellern gehört Abdul Hafeez Khoso, ein 42-jähriger Landwirt aus Jacobabad. Die Überschwemmungen von 2022 verwüsteten seine Felder und vernichteten zwei Saisons lang seine Reis- und Weizenenernten. Er sagt: *"Hier geht es um Gerechtigkeit. Wie kann es gerecht sein, dass wir den Preis für eine Klimakrise zahlen, die wir nicht verursacht haben, während große Konzerne im Globalen Norden weiterhin Profit machen? Wer Schaden verursacht, muss auch dafür aufkommen."*

Der Fall von Abdul und den 42 pakistanischen Bäuer*innen reiht sich in eine Welle von rechtlichen Maßnahmen ein, die Gerechtigkeit für die von der Klimakrise betroffenen Gemeinden erreichen wollen. Es ist das erste Mal, dass Betroffene von deutschen Konzernen Schadensersatz für vergangene Ereignisse verlangen. Im Mai 2025 fällte ein deutsches Gericht im Fall [Saúl vs. RWE](#) ein wegweisendes Urteil: Großemittenten können für klimabedingte Schäden im Ausland haftbar gemacht werden. Am 23. Oktober gehen 67 Filipinos in Großbritannien rechtlich gegen Shell vor. Sie fordern Entschädigungen für Häuser, Lebensgrundlagen und Menschenleben, die während des Taifuns Odette 2021 verloren gingen.

"RWE und Heidelberg Materials wissen seit Jahrzehnten um die Folgen ihrer Emissionen für Mensch und Umwelt. Dennoch haben sie sich geweigert, angemessen zu handeln", sagt Miriam Saage-Maaß vom ECCHR. *"Die Klimakrise ist längst Realität, die Zerstörungen sind unerträglich. Wo die Diplomatie die betroffenen Gemeinden im Stich gelassen hat, muss das Recht eingreifen. Es ist Zeit für klare Grenzen: Die Hauptverursacher dürfen sich ihrer Verantwortung nicht länger entziehen."*

"Zehn Jahre nach dem Pariser Übereinkommen hat sich die politische Katastrophe zu einer Klimakatastrophe entwickelt. Die Lebensgrundlagen ganzer Weltregionen werden weiterhin zerstört. Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten für die Klimakrise verantwortlich sind, kämpfen um ihr Überleben, wie wir aktuell in Pakistan sehen können", sagt Karin Zennig von medico international. *"RWE und Heidelberg Materials müssen für ihre umweltschädlichen Praktiken zur Rechenschaft gezogen werden. Es ist Zeit für Klimagerechtigkeit."* Die NGO arbeitet seit 2010 mit den betroffenen Bäuer*innen in Sindh zusammen.

RWE und Heidelberg Materials wurde nun ein Aufforderungsschreiben zugestellt - der erste Schritt des rechtlichen Verfahrens. Der Gesamtschaden für die 43 Anspruchsteller*innen beläuft sich auf ungefähr 1 Millionen Euro. Sie fordern die Unternehmen auf, ihre Verantwortung anzuerkennen und sich angemessen an den Kosten zu beteiligen. Sollten RWE und Heidelberg Materials dies ablehnen, wird die Klage im Dezember vor einem Zivilgericht eingereicht.

Hinweise für die Redaktion

- Weitere Informationen zu diesem Fall finden Sie [hier](#).

- Mehr über die Arbeit von medico international zu Klimagerechtigkeit finden Sie [hier](#).
- Mehr über die Arbeit des ECCHR zu Klimagerechtigkeit finden Sie [hier](#).
- Der Fall wird von den Menschenrechtsorganisationen medico international und ECCHR sowie den pakistanischen Organisationen HANDS Welfare Foundation und National Trade Union Federation (NTUF) unterstützt. Die Anspruchsteller*innen werden von den Rechtsanwälten Roda Verheyen und John Peters vertreten.

Pressekontakt:

medico international: Timo Dorsch, +49 160 40 66 331, presse@medico.de

ECCHR: Maria Bause, presse@ecchr.eu, +49 176 437 56 334

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100053276/100936229> abgerufen werden.